53. Jahrgang. № 85. Freitag, 26. März 1909.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

**Bezugsgebühr** vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

**Anzeigen-Tarif** Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Bei Annoncen nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Textseite die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Lobeck & Co.** Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

**Glaswaren** jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Inh. Richard Rihl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

**Konfirmanden-Geschenke!** :: :: Uhren und Goldwaren. :: :: **Treppenhauer,** Seestr. 1.

**Spul- und Madenwürmer** werden bei Kindern und Erwachsenen gründlich beseitigt durch die angenehmen Mittel **Contravermes,** 30, 35 und 50 Pfg., und **Madenwurmzäpfchen,** 50 Pfg. Versand nach auswärts. :: :: Alleinvertrieb: **Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.**

**Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner** Falkenstrasse 1–3 Hofgebäude. Fernsprecher 7359. **Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern** aller unscheinbar gewordenen Metallgegenstände für Haus und Herd, Sport etc.

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Auf der alten Dresdner Radrennbahn am Birkenwäldchen werden in diesem Jahre keine Rennen mehr abgehalten.

Für die Mittelmeerreise des Kaiserpaares, die am 16. April in Venedig angetreten wird, sind 4 Wochen in Aussicht genommen.

Die „Tägl. Rundsch." will erfahren haben, Fürst Bülow habe am 11. d. M. dem Kaiser seine Entlassung angeboten, diese sei aber abgelehnt worden.

Der Rücktritt des deutschen Botschafters in Konstantinopel, Freiherrn v. Marschall, ist, wie verlautet, in nicht zu ferner Zeit zu erwarten.

Der Bundesrat hat dem Weingesetzentwurf in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zugestimmt.

Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt eine Erklärung, die Stellung der verbündeten Regierungen zur Reichsfinanzreform betreffend; die Führer der Blockparteien hatten gestern eine Besprechung mit dem Reichskanzler.

In allen Flußgebieten Deutschlands hat das Hochwasser erheblichen Schaden angerichtet.

Pfarrer Tremel, der wegen seiner liberalen Betätigung durch Verhängung der Suspensio a Divinis gemaßregelt wurde, hat Widerruf geleistet.

## Kündigung des Blocks?

Der Block befindet sich wieder einmal in einem kritischen Stadium. Die Vorgänge, die zu der jetzigen Krisis geführt haben, wurzeln in den beiden hauptsächlichen Meinungsverschiedenheiten, die sowohl zwischen der rechten und der linken Seite des Blocks, als auch zwischen Regierung und Block in der Frage der Reichsfinanzreform hervorgetreten sind. Einmal kommen hier die Widerstände in Betracht, die von freisinniger und nationalliberaler Seite fortgesetzt gegen das von konservativer Seite mit allem Nachdruck betonte leitende Prinzip der indirekten Besteuerung geltend gemacht werden und deren immer neue Hervorkehrung jetzt zu der konservativen Erklärung geführt hat, daß an der Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern unbedingt festgehalten werden müsse. Die von der linken Seite ausgehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiete der indirekten Steuern traten neuerdings besonders fühlbar bei den Vorschlägen über die Besteuerung des Branntweins und des Tabaks in die Erscheinung, bis schließlich den Konservativen der Geduldsfaden riß und sie sich zu der vorgedachten, die Lage kritisch gestaltenden offiziellen Mitteilung an die Nationalliberalen, Freisinnigen und das Zentrum entschlossen, in der neben dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines entsprechenden indirekten Steuerertrages zugleich die bestimmte Versicherung abgegeben wird, daß die in dem Kompromiß enthaltene Besitzsteuer, die in die Finanzhoheit der Einzelstaaten eingreift, nicht zustande kommen könne.

Den zweiten wesentlichen Streitpunkt zwischen rechts und links bildet die Nachlaßsteuer. Es sei hier der bisherige Verlauf dieser Frage zum besseren Verständnis der gesamten Lage noch einmal kurz rekapituliert. Die verbündeten Regierungen hatten die Nachlaßsteuer wiederholt als eine conditio sine qua non für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform bezeichnet, weil sie die einzige gangbare Form für die neben der Hauptmasse der indirekten Steuern unerläßliche Mitheranziehung des Besitzes darstelle. Die Konservativen lehnten aber diese Steuer sowohl aus Rücksichten des Familienrechts wie der Erhaltung des mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzes rundweg ab und wurden in dieser Haltung zunächst von den Nationalliberalen sekundiert. Angesichts der hierdurch heraufbeschworenen Gefährdung der gesamten Reichsfinanzreform und des Blocks mehrten sich aber gar bald in der Oeffentlichkeit die Stimmen, die sich zugunsten einer Schwenkung der Blockparteien gegenüber der Nachlaßsteuer aussprachen. Die Nationalliberalen ließen durchblicken, daß sie nötigenfalls bereit sein würden, ihre Stellungnahme in dieser Frage zu revidieren, und auch aus konservativen Kreisen waren zahlreiche Kundgebungen zu verzeichnen, die für die schlechtweg und grundsätzlich ablehnende Haltung der konservativen Fraktion und Presse gegenüber der Nachlaßsteuer kein Verständnis zu haben erklärten und die nachträgliche Zustimmung ihrer politischen Freunde zu dieser Form der Besitzbesteuerung befürworteten. Insbesondere fand die als verbesserter Ersatz der Nachlaßsteuer vorgeschlagene Erbanfallsteuer vielfache Sympathien. U. a. stehen neuerdings in überwiegender Mehrheit die sächsischen Konservativen auf dem Standpunkte, daß eine Erbanfallsteuer in der an anderer Stelle bereits mitgeteilten, von Professor Julius Wolff in Breslau empfohlenen Form durchaus diskutabel sei. Der gleichen Ansicht huldigt auch die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages und die verbündeten Regierungen selbst haben ihre Zustimmung zu einer solchen Lösung des Problems offiziös in Aussicht gestellt. Die preußischen Konservativen verharren dagegen auf einem viel schroffer ablehnenden Standpunkte, und die Hoffnung auf eine blockpolitische Verständigung ist nun wegen des in der konservativen Erklärung weiter enthaltenen Passus, daß die konservative Fraktion der Nachlaßsteuer unter keinen Umständen, also auch nicht in der verbesserten Gestalt einer Erbanfallsteuer, zustimmen werde, ziemlich hinfällig geworden.

Der Eindruck der konservativen Kundgebung auf die Nationalliberalen war so stark, daß sie an die Konservativen die ausdrückliche Frage richten zu müssen glaubten, ob das die Auflösung des Blocks bedeuten solle. Obwohl die konservative Antwort betonte, daß in nationalen Fragen nach wie vor ein Zusammengehen der Blockparteien stattfinden könne, gelangte die nationalliberale Fraktion in einer sofort abgehaltenen Sitzung zu der Ansicht, daß die konservative Erklärung die Kündigung des Blocks darstelle und daß die Verantwortung dafür den Konservativen zugewiesen werden müsse. Es läßt sich gewiß nicht verkennen, daß durch den von konservativer Seite getanen Schritt eine kritische Lage für den Zusammenhalt des Blocks geschaffen worden ist. Auf der anderen Seite aber kann man es auch nicht billigen, wenn die linke Seite nun gleich eine Konsequenz aus dem konservativen Vorgehen zieht, die nach ausdrücklicher konservativer Erklärung nicht damit verbunden sein soll, da ja das Handinhandgehen in nationalen Fragen nach wie vor befürwortet wird. Es ist nicht gut getan von der Linken, so ohne weiteres alle Brücken, die zu der rechten Seite des Blocks hinüberführen, abzubrechen und sich selbst die Hände in Unschuld zu waschen. Wenn die Linke ehrlich sein will, wird sie zugeben müssen, daß nicht immer bloß dem konservativen Blockbruder einseitige Opfer zu liberalen Gunsten zugemutet werden können, sondern daß auch umgekehrt die Linke ihre Bereitwilligkeit zeigen muß, der rechten Seite entgegenzukommen. Gerade durch die in mancher Hinsicht allzu vordringliche und tendenziöse Art, wie die Linke im Block ihre Ansprüche vertritt, und durch die zum Teil geradezu gehässige, die berechtigte konservative Empfindlichkeit allzu wenig schonende Art ihrer Polemik gegen die Rechte hat sie bei den Konservativen das Mißtrauen wachgerufen, daß es dem Liberalismus nicht sowohl um ein loyales Mitarbeiten an den nationalen Zwecken und Zielen des Blocks unter Anerkennung der durch die tatsächlichen Machtverhältnisse gegebenen Vorherrschaft des konservativen Elements, als vielmehr um die Herstellung einer „liberalen Nebenregierung" unter möglichster Unterdrückung des konservativen Elements zu tun sei. Wenn die Liberalen das bedenken, so sollte man meinen, daß sie alles daran setzen müßten, um durch verständiges Festhalten am Block in der jetzigen verfahrenen Situation und durch eine politisch und psychologisch geschultere Behandlung der Konservativen ihre Einsicht in die höheren patriotischen Notwendigkeiten angesichts dieser schicksalsvollen Wendung zu beweisen. Jede überflüssige Schärfe im Verhalten der Blockparteien untereinander kann in einem Augenblick, wo die Dinge so wie so auf des Messers Schneide stehen, eine verhängnisvolle Katastrophe herbeiführen.

Die Liberalen mögen bedenken, daß ihre ganzen Zukunftsaussichten auf dem Bestande des Blocks beruhen und daß sie sofort in ihr früheres bedeutungsloses Nichts wieder herabsinken würden und darin auf lange Zeit hinaus hoffnungslos verharren müßten, wenn das Blockgebäude jetzt krachend zusammenbräche. Die Konservativen aber übernähmen ebenfalls eine schwere Verantwortung, wenn sie nicht, allen bestehenden Meinungsverschiedenheiten zum Trotz, ernstlich versuchen wollten, mit der Linken wieder zusammenzukommen und den Block zu retten. Es ist ganz zweifellos, daß der Block sich bei der nationalen Wählerschaft großer Sympathien erfreut, mit denen alle Parteien rechnen müssen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß in weiten nationalen Kreisen der Bevölkerung die durch den Block ermöglichte Befreiung vom parlamentarischen Zentrumsjoche als eine Erlösung von unerträglichen Zuständen, als die Entlastung von einem bösen Alpdrucke empfunden wird. Sobald aber der Block in Trümmer geht, erscheint auch alsbald wieder das drohende Gespenst einer erneuten Zentrumsherrschaft in deutschen Landen auf der politischen Bildfläche, und damit entrollen sich vor dem in die Zukunft gerichteten Blicke des nationalen Politikers wiederum alle die gefährlichen und beschämenden Möglichkeiten, an denen die verflossene nationale Zeitgeschichte vor dem 13. Dezember 1906 zum Schaden unserer nationalen Gesamtentwicklung so überreich gewesen ist. Eine solche, für die nationale Wohlfahrt überaus verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern, muß das ernste Bestreben aller berufenen patriotischen Faktoren sein, und gerade die Konservativen haben alle Ursache, in dem jetzigen Augenblick den Verdacht zu zerstreuen, als könnten sie gewillt sein, dem augenscheinlich triumphierenden Zentrum, das den Sturz des verhaßten Kanzlers und den eigenen Wiederaufstieg bereits in unmittelbarer Nähe sieht, die Steigbügel zu halten.

Zum Glück scheint das Gefühl für die weittragende Verantwortung, die mit der Sprengung des Blocks verknüpft ist, auf konservativer Seite vorzuwiegen. Darauf läßt die uns aus konservativen Abgeordnetenkreisen zugegangene, im Abendblatte enthaltene Mitteilung schließen, in der eine wesentlich abgeschwächte Darstellung der kritischen Vorgänge gegeben wird. Erfreulich ist darin die Tatsache, daß eine Kündigung des Blocks durch die Konservativen ausdrücklich in Abrede gestellt wird. Es darf aber kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Verwirklichung der Reichsfinanzreform mit Hilfe des Zentrums unter Versagen der Blockmehrheit auf jeden Fall ein höchst unerwünschtes politisches Ereignis wäre, dessen weitere Konsequenzen nicht abzusehen sind. „Qui mange du pape, en meurt", heißt ein altes französisches Sprichwort: Wer ißt, was vom Papste kommt, stirbt daran. Das gilt auch vom Zentrum. Wer ihm den kleinen Finger reicht, ist nie sicher, daß nicht bald die ganze Hand genommen wird. Deshalb muß mit aller Energie versucht werden, eine Einigung zwischen der rechten und der linken Seite des Blocks auf der Grundlage zu stande zu bringen, daß die Linke in der Frage der Branntweinsteuer und die Rechte in der Frage der Erbanfallsteuer nachgibt. Damit wäre ein Ausweg aus der Krise geschaffen, bei dem die nationalen Interessen vor jeder Schädigung geschützt wären.

## Neueste Drahtmeldungen vom 25. März.

### Zur Orientkrisis.

**Exkronprinz Georg.**

Wien. (Priv.-Tel.) Gerüchtweise verlautet, der frühere serbische Kronprinz Georg habe Belgrad fluchtartig verlassen. Sein Verzicht war notwendig, weil sonst die Skupschtina selbst die Aberkennung seiner Rechte ausgesprochen hätte, worüber alle Parteichefs sich mit Zustimmung des Königs bereits schlüssig geworden waren. An dem normalen geistigen Zustande Georgs wird gezweifelt.

**Rußlands Haltung.**

Paris. Wie die „Agence Havas" meldet, ist Iswolski entschlossen, ohne Vorbehalt die Annexion Bosniens und der Herzegowina anzuerkennen in der Hoffnung, daß auch Freiherr v. Aehrenthal in der Folge den von den Mächten ausgearbeiteten Entwurf der serbischen Note genehmigen werde, die übrigens geeignet sei, Oesterreich-Ungarn die verlangten Garantien zu geben.

**Die Auffassung in Berlin.**

Berlin. (Priv.-Tel.) In den hiesigen leitenden Kreisen wird an der Ansicht festgehalten, daß auch für den Fall der Erfolglosigkeit des austro-englischen Meinungsaustausches noch nicht das letzte Mittel zur Vermeidung einer Katastrophe erschöpft ist, sondern daß die Großmächte nach wie vor bestrebt sein werden, einen Weg zur Verständigung zu finden. Für die weitere Arbeit der Kabinette erscheint die Tatsache günstig, daß der Termin für die Ueberreichung der österreichisch-ungarischen Note in Belgrad noch nicht endgültig festgesetzt ist und damit erforderlichenfalls auch über Sonnabend hinaus gewartet werden soll. Ein weiteres Symptom der Beruhigung scheint auch die Annäherung der russischen Politik an die Auffassung der beiden benachbarten Kaiserreiche zu sein, die für die Erhaltung des Balkanfriedens aber erst dann von entscheidender Bedeutung sein würde, wenn das Petersburger Kabinett auch in Belgrad in diesem Sinne tätig sein wollte.

**Aus dem Sandschak.**

Saloniki. Der Generalstabschef Pertew Pascha, der gegenwärtig zum Zwecke der Neubildung weiterer Divisionen sich im Sandschak aufhält, hat sich nach Tibra begeben. Eine Befestigung der Albanesen in der